


# Bestätigung zu An alle Betreibungsbeamte

Der Bundesrat

Bundeskanzlei

 Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundeskanzlei BK

Kontakt Medien Legalisationen Stellenangebot

DE FR IT RM EN

Suchen

Themen A-Z

Unterstützung der Regierung

Politische Rechte

Digitale Transformation und IKT-Lenkung

Dokumentation

Über die Bundeskanzlei

Startseite

Politische Rechte

Volksinitiativen

Chronologie Volksinitiativen

Politische Rechte

Volksinitiativen

Hängige Volksinitiativen

Chronologie Volksinitiativen

Nicht zustandegekommene Volksinitiativen

Zustandegekommene Volksinitiativen

Zurückgezogene Volksinitiativen

Abgeschriebene Volksinitiativen

Ungültig erklärte Volksinitiativen

Abgestimmte Volksinitiativen

Von Volk und Ständen angenommene Volksinitiativen

Übersicht in Zahlen

Eidgenössische Volksinitiative 'Ja zu einer unabhängigen Selbstvorsorge'

Eidgenössische Volksinitiative 'Ja zu einer unabhängigen Selbstvorsorge'

Die Bundesverfassung<sup>[1]</sup> wird wie folgt geändert:

Art. 117c<sup>[2]</sup> Selbstvorsorge durch Wohneigentum

<sup>1</sup> Parallel zu einer Pflichtkrankenversicherung muss ein stabiles Pflichtsparsystem für Wohneigentum eingeführt werden. Monatliche Einzahlungen generieren das Eigenkapital für die Berechtigung von Liegenschaftshypotheken der Bundeskasse oder von Banken für die vorsorgenden Menschen.

<sup>2</sup> Nach dem Erwerb von Vorsorge-Wohneigentum sind die monatlichen Einzahlungen für die Amortisation der Hypotheken bestimmt. Das angesparte Kapital wird als finanzielles Polster zu 30 Prozent für die Deckung von Gesundheitskosten im Pensionsalter reserviert.

<sup>3</sup> Von der Hypothek und vom einbezahlten Eigenkapital können nach Bedarf bis zu 70 Prozent für die Deckung von Gesundheitskosten bezogen werden.

<sup>4</sup> Wer kein Wohneigentum besitzen will, kann in Institutionen und Projekte investieren, die der Menschheit, der Flora und der Fauna zu friedlichen Zwecken dienen. Dazu sind innerhalb eines Jahres nach Annahme dieses Artikels geeignete Massnahmen einzuführen. Die Massnahmen werden vom Initiativkomitee, zusammen mit den Volksvertreterinnen und Volksvertretern und den Behörden, ausgearbeitet und beschlossen.

<sup>5</sup> Alle benutzten und überzähligen Liegenschaften der Firma «Schweizerische Eidgenossenschaft» (Nummer nach dem Data Universal Numbering System: D-U-N-S 48-564-2987), des Bundes, der Kantone und der Gemeinden müssen dieser Gesundheitsvorsorge als Kapitalsicherung für Einzahlende ohne Wohneigentum zur Investition zur Verfügung stehen.

<sup>[1]</sup>SR 101

<sup>[2]</sup> Die endgültige Nummerierung dieses Artikels wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt; dabei stimmt diese die Nummerierung ab auf die anderen geltenden Bestimmungen der Bundesverfassung.

Es ist hier klar ersichtlich und gut dargestellt das sie selbst zugeben das die Firma „Schweizerische Eidgenossenschaft“ (Nummer nach dem Data Universal Numbering System: D-U-N-S 48-564-2987) selbst zugibt ein Firma zu sein und im D-U-N-S mit der Nummer als Unternehmen eingetragen ist.

Die Privaten Unternehmen haben ohne Hoheit und ohne Grundlage vor allem nicht die Einhaltung des Obligationenrecht kurz OR den Artikel 164 und 165 der Abtretung von Forderungen über die Schuldübernahme ignoriert.

Hier gibt der Gläubiger (Firma Kanton Bern) weiter an (das Betreibungsamt Bern Mittelland ebenfalls Privatrechtlich unterwegs) und versuchen ohne Grundlage dies an einen Schuldner der mit recht das Angebot ablehnen darf, wird versucht über die Gesetze und über das Recht in der Schweiz hinwegzusehen. Dann geht es an das Unternehmen (Kantonspolizei) weiter die dann das Recht des stärkeren einsetzen, meist zu zweit gegen einen und bewaffnet, genauer gesagt einen bewaffneten Überfall zu machen.

### Betreibungsamt Bern-Mittelland

**D-U-N-S® Nummer: 481268932**

**Unternehmensadresse:**

Poststrasse 25 3072 Ostermundigen

### Kantonspolizei Bern

**D-U-N-S® Nummer: 486863207**

**Unternehmensadresse:**

Papiermühlestrasse 17p 3014 Bern

### Kanton Bern

**D-U-N-S® Nummer: 483025586**

**Unternehmensadresse:**

Nydegasse 11-13 3011 Bern

### Kantonspolizei Bern

**D-U-N-S® Nummer: 484117556**

**Unternehmensadresse:**

Waisenhausplatz 32 3011 Bern

dnb.com/de-de/upik.html

UPIK® - Unique Partner Identification Key ⓘ

Suchen Sie nach Ihrem Unternehmen

Bitte geben Sie den genauen Firmennamen oder die D-U-N-S-Nummer des Unternehmens ein, das Sie suchen.

Q 481268932

Schweiz ▼ Straße Stadt

[Suche löschen](#) [Suche](#)

Top 1 Suchergebnisse


**Betreibungsamt Bern-Mittelland**

**D-U-N-S® Nummer: 481268932**

**Unternehmensadresse:**

Poststrasse 25 3072 Ostermundigen

# Die Sklaverei wurde abgeschafft auch in der Schweiz klar sichtbar



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Fedlex

Die Publikationsplattform des Bundesrechts

Alle Sammlungen

Version 25.3.18 - 23.12.2025

Entdecken Sie unser neues Pilotprojekt, das Sie über den Link «Nutzen Sie unsere KI-Suchfunktion» in der Systematischen Rechtssammlung aufrufen können.

Startseite

Vernehmlassungen

Bundesblatt

Amtliche Sammlung

Systematische Rechtssammlung

Staatsverträge

Rechtssammlung zu den sektoriellen Abkommen EU

Links

Startseite > Systematische Rechtssammlung > 0.3 Strafrecht - Rechtshilfe > 0.31 Unterdrückung von bestimmten Verbrechen und Vergehen > 0.311.371 Zusatzübereinkommen vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklaverähnlicher Einrichtungen und Praktiken

Allgemeine Informationen

Dieser Text ist in Kraft

Beschluss	7. September 1956
Inkrafttreten	28. Juli 1964
Quelle	AS 1965 135
Sprache(n) der Veröffentlichung	DE FR IT
Chronologie	Chronologie
Änderungen	Änderungen
Zitate	Zitate

Werkzeug

Sprachenvergleich

Versionenvergleich

Alle Fassungen

22.09.2021	HTML XML PDF DOC
04.04.2017	HTML XML PDF DOC
15.04.2008	PDF
18.08.2004	PDF
01.04.1991	
01.06.1987	
01.02.1986	
01.02.1984	
01.07.1982	
15.02.1980	

0.311.371

AS 1965 135; BBl 1963 II 1523

Übersetzung

Zusatzübereinkommen  
über die Abschaffung der Sklaverei,  
des Sklavenhandels  
und sklaverähnlicher Einrichtungen und Praktiken

Abgeschlossen in Genf am 7. September 1956  
Von der Bundesversammlung genehmigt am 17. Juni 1964<sup>1</sup>  
Schweizerische Beitrittsurkunde hinterlegt am 28. Juli 1964  
In Kraft getreten für die Schweiz am 28. Juli 1964  
(Stand am 22. September 2021)

<sup>1</sup> AS 1965 133

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens

In der Erwägung, dass die Freiheit das angeborene Recht jedes Menschen ist,  
Eingedenk der Tatsache, dass die Völker der Vereinten Nationen in der Satzung<sup>2</sup> ihren Glauben an die Würde und den Wert der menschlichen Person erneut bekräftigt haben,  
In der Erwägung, dass in der von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal verkündeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgestellt wird, dass niemand in Sklaverei oder Knechtschaft gehalten werden darf und dass Sklaverei und Sklavenhandel in jeder Form verboten sein sollen,  
In Anerkennung der Tatsache, dass seit dem Abschluss des am 25. September 1926<sup>3</sup> in Genf unterzeichneten Sklavereiabkommens, durch welches die Abschaffung der Sklaverei und des Sklavenhandels sichergestellt werden sollte, weitere Fortschritte zur Erreichung dieses Ziels gemacht worden sind,  
In Anbetracht des Übereinkommens über Zwangs- oder Pflichtarbeit von 1930<sup>4</sup> und weiterer, von der Internationalen Arbeitsorganisation in bezug auf Zwangsoder Pflichtarbeit unternommener Schritte,  
jedoch in dem Bewusstsein, dass Sklaverei, Sklavenhandel und sklaverähnliche Einrichtungen und Praktiken noch nicht in allen Teilen der Welt beseitigt sind,  
haben daher beschlossen, das Abkommen von 1926, das in Kraft bleibt, nunmehr durch den Abschluss eines Zusatzübereinkommens zu ergänzen mit dem Ziel, sowohl die nationalen als auch die internationalen Bemühungen um die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklaverähnlicher Einrichtungen und Praktiken zu verstärken, und

2 | 2

Die Völker der Vereinten Nationen in der Satzung der menschlichen Person ist also frei.